

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 1,50 RM. Inland: 10 Rpf. Alle Verordnungen, Gesetze und Verfügungen werden nach Möglichkeit durch Fernruf übermitteln. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Spalte 20 Rpf., die 4 gespaltene Spalte 15 Rpf., die 2 gespaltene Spalte 10 Rpf. Nachweisungsgebühr 20 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 200 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 26. August 1932

Was wird im Reichstag?

Stürzen kann der neugewählte Reichstag; kann er auch stürzen? Vielleicht darf man sogar sagen: Stürzen wird der neugewählte Reichstag das Kabinett Papen, — wenn er nicht vorher aufgelöst wird. Denn in dem augenblicklichen „Wirbel“ der Innenpolitik, soweit sie sich auf das Schicksal des Reichstages bezieht, kann man nur eines als feststehend bezeichnen: In der „feindseligen“ Einstellung der Nationalsozialisten und des Zentrums — natürlich ganz zu Schweigen von Sozialdemokraten und Kommunisten — gegen die gegenwärtig amtierende Reichsregierung hat sich nicht nur nichts geändert, sondern sie ist vielleicht noch härter, noch feindseliger geworden. In dieser Gegnerschaft stehen zwei Strömungen zusammen: die Nationalsozialisten wollen das Kabinett Papen stürzen, weil es sich ihren Wünschen nach „Vollmacht“ nicht fügen wollte und weil es sich jetzt obendrein auch innenpolitisch zum Gegner des Nationalsozialismus entwickelt habe. Hitler hat in seinem Aufruf zum Weimarer Urteil gerade auf diesen zweiten Punkt ausdrücklich hingewiesen. Das Zentrum andererseits arbeitet gegen den Gedanken des bis zu den letzten Konsequenzen durchgeführten „Präsidialkabinetts“, einer solchen Regierung also, die verfassungsrechtlich und nicht bloß tatsächlich unabhängig vom Reichstag und seinen Mehrheiten sein soll; in seiner Rede am 11. August hat ja der Reichsinnenminister v. Gaysl erklärt, daß die Verfassungsreform besonders nach dieser Richtung hin vorwärtsgewirkt werden müsse. Man hat jetzt diese Reformwünsche in die kurze Formel gepreßt: Abkehr von der „Demokratie“ und Vormarsch zum „Autoritätsstaat“. In der gleichen Richtung liegt übrigens auch die schon angedeutete Idee, durch Schaffung eines „Oberhauses“ gleichfalls die bisherigen Verfassungs-Kompetenzen des Reichstages einzuschränken.

Da, was soll denn nun da in und mit dem Reichstag geschehen? Wenn Jahnke des Reichstages ungefähr dreien gegen die Regierung in der Stunde, wo sie nach dreimonatiger Fälligkeit zum ersten Male mit ihm in Kontakt treten muß, schreibt ein maßgebendes Zentrumsorgan und spricht dann von der Absicht der Regierung, ihre ganze Nachvollkommenheit „nicht mehr von der Volksvertretung, sondern einzig und allein vom Reichspräsidenten zu beziehen“, was nach Lage der politischen und verfassungsrechtlichen Verhältnisse „der Anknüpfung zu einem Konflikt sei, der von schicksalhafter Bedeutung werden könnte“. Das Gegenargument der Reichsregierung selbst ist natürlich sehr nahelegend: der Reichstag ist nicht „arbeitsfähig“; in ihm ist für eine „Regierungsmehrheit“ keine Möglichkeit zu sehen, — er könne stürzen, aber nicht stützen, und es müsse „irgendwie regiert“ werden. Dabei werde der Reichstag damit zu rechnen haben, daß er aufgelöst werde, ehe noch die Entscheidung, also die Entscheidung eines Mißtrauensvotums vor sich gehen würde. v. Papen, der nach dem 31. Juli erklärte, die Wahlen seien so ausgefallen, wie er es erwartet habe, dürfte aber auch kaum dem mancherorts geäußerten Vorbehalt entsprechen, es gar nicht erst zu einer „offenen Feldschlacht“ im Reichstag kommen zu lassen, sondern ihn gleich nach seiner Konstituierung aufzulösen. Denn er hat ganz klar geäußert, er würde sich „dem Reichstag stellen“. Wenn sich dann freilich aus dem Gang der Debatte über ihn und das von ihm vorgesehene Regierungsprogramm ergeben sollte, daß er mit einem Mißtrauen rechnen muß, wird die Auflösungsorder die Annahme eines entsprechenden Beschlusses verhindern. Dann wäre allerdings zum zweiten Male tatsächlich keine Entscheidung zu der verfassungsrechtlich gebotenen Notwendigkeit gefällig, daß der Reichstanzler und die Reichsminister „zu ihrer Geschäftsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen“. Allerdings muß auch hierbei zunächst noch der Hinweis eingeschaltet werden, daß für den Reichstag nicht gerade selten das Wort von Wilhelm Buß gilt: „Denn erstens kommt es anders, und zweitens, als man denkt“.

Die Bemühungen besonders des Zentrums, eine Regierungsmehrheit zusammenzubringen, nehmen einen vorläufig ganz ungewissen Fortgang. Sie müßten aber positiv abgeschlossen sein, ehe eine Auflösung des Reichstages erfolgt, die doch damit begründet werden würde, daß er tatsächlich arbeitsunfähig wäre. Von verschiedenen Seiten her ist man an der Arbeit, eine „Plattform“ zu schaffen, auf der eine wirkliche, also arbeitsfähige Regierungsmehrheit stehen soll. Denn man ist doch allseits der Meinung, daß ein neuwählender Reichstag kaum wesentlich anders aussehen würde als der jetzige, namentlich wenn er unter dem augenblicklich bestehenden Wahlsystem zustande käme. Bezeichnenderweise hört man aber gerade aus Zentrumskreisen die Frage, ob ein neuer Wahlkampf „mit seinem Terror und Straßenkampf, mit der unerhörten Aufwiegelung und Verhetzung des Volkes und seiner neuen Erschwerung seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten“ denn wirklich den Versuch lohne, „die Theorie eines Präsidialkabinetts bis zu den letzten, noch nicht übersehbaren Konsequenzen durchzuführen“. Man vertritt ja gerade eine Regierungsmehrheit im Reichstag im Geanlass zu einer „Theorie“ zusammenzubringen.

England für Gleichberechtigung Deutschlands.

Belohnung vor einem deutschen Fernbleiben in Gen?

Die rechtlichen Untersuchungen im englischen Außenamt über die deutschen Gleichheitsansprüche in der Rüstungsfrage haben nach eingehender Prüfung der verschiedenen in Frage kommenden Verträge (Versailler Vertrag, Brief Clemenceaus an die deutsche Abordnung in Versailles, Locarnovertrag) ergeben, daß an der juristischen Berechtigung der deutschen Forderung kein Zweifel mehr bestehen kann. Man sei im englischen Außenministerium, so versicherte ein hoher Beamter desselben einem deutschen Journalisten gegenüber, über die ethische und juristische Berechtigung der deutschen Gleichheitsansprüche sich vollkommen klar, und man stehe den deutschen Wünschen auf Beseitigung der diskriminierenden Bestimmungen durchaus verständnisvoll gegenüber. Die anfänglichen Bedenken, die man zuerst beim Aufwerfen der deutschen Forderungen gehabt habe, und die Befürchtungen, daß sie zu einer ungünstigen Rückwirkung auf die internationale Lage führen könnten, hätten sich glücklicherweise nicht erfüllt, und man sei jetzt in London der Ansicht, daß kein Schaden angerichtet sei. Das Beste, was man von der Abrüstungskonferenz im Augenblick erhoffen könne, sei, daß sie sich im Rahmen der letzten Entscheidung Punkt für Punkt weiterentwickeln werde. Man sei sich aber darüber vollkommen klar, daß nur langsam Fortschritte gemacht werden könnten.

Die englische Diplomatie sei sich — ohne daß bisher amtliche Schritte in London unternommen worden seien — über die deutschen Ziele klar und rechne damit, daß die Deutschen vielleicht schon bald, sicherlich aber nach Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen und voraussichtlich innerhalb des Allgemeinen Bütros die Frage der Gleichberechtigung aufzuwerfen würden, obwohl dieser Punkt nicht in der Entscheidung enthalten sei. Man habe ihn — wie auch die französische Sicherheitsforderung — aus naheliegenden Gründen absichtlich aus der Entscheidung weggelassen. Bei aller Würdigung der deutschen Absichten gebe man sich aber in London der Hoffnung hin, daß die deutsche Politik unter Berücksichtigung der internationalen

Lage ihre Gebuld nicht verlieren, sich bei Vorbringung ihrer Forderung des größten Takt und Geschickes befleißigen und sich der weiteren Entwicklung auf der Abrüstungskonferenz anpassen werde. England sei zwar an deutsch-französischen Verhandlungen zur Regelung und Befriedung der europäischen Verhältnisse nicht unmittelbar interessiert, werde aber diese doch begrüßen, da sie zur Zeit die einzige Aussicht auf mögliche Fortschritte in den allgemeinen Abrüstungsverhandlungen böten.

Französische Verdächtigungen Deutschlands.

Gegen die deutsche Gleichberechtigungsforderung. Der Vorsitzende des Heeresauschusses der französischen Kammer und Abrüstungsbelegierte Oberst Jabru veröffentlicht im Futuraheft einen Leitartikel, in dem er erklärt, daß Deutschland nur dann seine Gleichberechtigungsforderung so lärmend aufstelle, weil es die Aufmerksamkeit der Welt von seiner bereits erfolgten Wiederaufrüstung ablenken wolle. Da bisher niemand gegen diese Aufrüstung protestiert und Redenshaft verlangt habe, komme es einer solchen Möglichkeit mit seinen Forderungen zuvor.

Der Verfasser könne behaupten, daß die französische Regierung in der Lage sei, nachzuweisen, daß das deutsche Heer seit 1919 nicht aufgehört habe, die Versailler Bestimmungen zu durchbrechen. Jetzt sei es an der Zeit, den deutschen Rüstungsstand genau festzustellen. Weiter spricht sich Oberst Jabru gegen die Rüstungsgleichberechtigung aus. Es sei eine Utopie, von einer Gleichheit zwischen Frankreich und Deutschland zu sprechen. Eines der beiden Länder müsse immer stärker und das andere schwächer sein. Die Friedensverträge, Vernunft (?) und Gerechtigkeit (?) forderten das Übergewicht für Frankreich, während Deutschland es für sich in Anspruch nehme.

Schicksalschwere Tage.

Der Kampf zwischen Regierungen und Parlament.

Immer näher rückt der Tag, der als Termin für die erste Sitzung des neuen Reichstages bestimmt ist, der 30. August. Gleichzeitig wird auch der Preussische Landtag wieder zusammentreten. Beide Parlamente wollen sich aber bald wieder vertagen, damit die Zentrumsabgeordneten Zeit haben, am Katholikentag in Essen teilzunehmen. Die Parteien sind mit den Vorbereitungen ihrer parlamentarischen Arbeit aufs eifrigste beschäftigt, obwohl man dem Reichstag nur ein ganz kurzes Leben voraussetzt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon die erste Sitzung einen großen Krach bringt, nämlich dann, wenn die Kommunistin Klara Zetkin als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnen will. Klara Zetkin lebt seit Jahr und Tag in Moskau, sieht sich ganz als Werkzeug der russischen Regierung und als Bürgerin des Sowjetstaates. Die ganze Welt würde lachen, wenn ausgerechnet dieser Reichstag, in dem das Wort „national“ ein stärkeres Gewicht hat als je, von einer Sowjetvertreterin eröffnet würde. Die Kommunisten werden natürlich aus der ganzen Angelegenheit eine große Sache machen und selbstverständlich verlangen, daß man ihrer Genossin den Weg zum Präsidentenwahl freiläßt. Noch weiß kein Mensch, wie man der Gefahr eines Skandals begegnen kann. Man darf sich also schon für die erste Sitzung auf allerhand gefaßt machen. Am 1. September soll die

Wahl des neuen Reichstagspräsidenten

wahl man weiß, daß sich der Reichstag eben selbst ausschaltet, wenn er nur stürzen, aber nicht stützen kann. Und darum sucht man nach „Möglichkeiten“; wenigstens tun es jene politischen Kreise, die ein Funktionieren der Volksvertretung herbeiführen wollen. Sonst führt die Krise des Parlamentarismus, von der man schon lange spricht, — zum Ende des Parlamentarismus.

stattfinden. Nach alter Gepflogenheit hat die stärkste Fraktion auf diesen Posten Anspruch, diesmal also die nationalsozialistische. Nach der Präsidentenwahl will sich der Reichstag bis zum Abschluß des Essener Katholikentages vertagen. Am Montag, den 5. September wird er wieder zusammentreten, und an diesem Tage will Reichstanzler v. Papen den Volksvertretern sein großes Wiederaufbauprogramm vortragen. Gleichzeitig werden dem Reichstag die Notverordnungen zugehen, die zur Durchführung des Wiederaufbauprogramms bestimmt sind. Dann wird der Reichstag Gelegenheit haben — wenn es nicht vorher zum Krach kommt —, sich

über das Programm des Kanzlers auszusprechen. In Verbindung damit wird sich der Reichstag auch mit verschiedenen Mißtrauensanträgen gegen Herrn von Papen und mit den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung befassen.

Was aber am Schluß dieser Debatte kommt, weiß niemand, darum geht

das große Rätselraten. Kommt es zur Abstimmung? Kommt es zur Auflösung? Kreise, die der Regierung nahestehen, prophezeien, daß, wenn sich eine Mehrheit für Aufhebung der Papenschen Notverordnung zusammenfinden sollte, der Reichstag sofort aufgelöst würde. Die Regierung würde die Abstimmung über die Mißtrauensanträge gar nicht erst abwarten. Die Auflösung würde dann schon am dritten oder vierten Tag nach dem Zusammentritt erfolgen.

Der Preussische Landtag wird ebenfalls am 30. August zusammentreten und sich zunächst über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen unterhalten. Der stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht hat den Präsidenten des Preussischen Landtages, den Nationalsozialisten Dr. Kersch, aufgesucht, um ihm zu sagen, wie man annimmt, daß sich die

jetzige preussische Regierung nicht verpflichtet fühle, vor dem Landtag Rechenschaft abzulegen, denn sie sei nicht dem Landtag verantwortlich, da sie vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung

210
170
164,
neu
bis
neu
alles
Aug.
über,
über,
); c)
46
gang;
(ba-
oelne.
denz
i sich
aus
schäft
über-
blieb
nden
nicht
4,61:
Franc
allen
7,78;
Alina
33,88.
die
nur
mit-
lettig.
3. 8.
3-10,3
5-9,0
—
0-24,0
—
0-17,0
—
0-20,0
—
—
4-10,6
11,5
2-9,8
3-11,5
—
g
Wilsdruff
6% Rabatt
wir seit
Lager.
Frau
43/45
19036.
Hause
eck
ert
3,
SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF